

Die Republikaner wollen die staatlichen Ausgaben für die an bedürftige US-Bürger ausgegebenen Lebensmittelgutscheine drastisch senken.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 146/13 – 30.09.13**

Die republikanische Mehrheit im US-Repräsentantenhaus will tiefe Einschnitte bei den Lebensmittelgutscheinen

Von Ron Nixon

The New York Times, 19.09.13

(http://www.nytimes.com/2013/09/20/us/politics/house-passes-bill-cutting-40-billion-from-food-stamps.html?_r=0)

WASHINGTON – Mit knapper Mehrheit wurde am Donnerstag im US-Repräsentantenhaus ein Gesetzentwurf der Republikaner beschlossen, der die Kürzung des Lebensmittelgutschein-Programms um Milliarden Dollar vorsieht – trotz heftiger Einwände der Demokraten und einer Veto-Drohung des Präsidenten Obama.

Der Beschluss dürfte einen heftigen Streit mit dem US-Senat auslösen und lässt die Hoffnung schwinden, dass noch in diesem Jahr ein neues Agrargesetz für die nächsten fünf Jahre beschlossen werden kann.

Die Kürzungsvorschläge wurden mit 217 gegen 210 Stimmen angenommen, was nicht ganz dem aktuellen Stimmenverhältnis (zwischen Republikanern und Demokraten im Repräsentantenhaus) entspricht. (s. http://de.wikipedia.org/wiki/113._Kongress_der_Vereinigten_Staaten)

Die Führung der Republikaner erklärte auf Druck von Konservativen aus der Tea-Party-Bewegung, der Gesetzentwurf sei notwendig, weil das Lebensmittelgutschein-Programm fast 80 Milliarden Dollar pro Jahr koste und außer Kontrolle geraten sei. Das Programm verschlinge immer mehr Geld, obwohl die Arbeitslosigkeit mit der abklingenden Rezession zurückgegangen sei.

"Dieser Gesetzentwurf beseitigt Schlupflöcher, schließt Arbeitsunwillige aus und dient der Haushaltskonsolidierung," erklärte der Abgeordnete Marlin Stutzman, ein Republikaner aus Indiana, der diejenigen anführte, die das Lebensmittelgutschein-Programm aus dem Agrargesetz herauslösen wollen. "In der Realität messen wir den Erfolg an den Ergebnissen. Es wird Zeit für Washington, den Erfolg dieses Programms daran zu messen, wie vielen Familien es aus der Armut befreit und wieder auf eigene Füße gestellt hat, nicht daran, wie viel Geld die Washingtoner Bürokraten Jahr für Jahr dafür ausgeben."

Trotz der vorgesehenen Kürzungen würde das Lebensmittelgutschein-Programm im Lauf der nächsten 10 Jahre immer noch mehr als 700 Milliarden Dollar kosten.

Die Republikaner beriefen sich zur Rechtfertigung ihres Gesetzentwurfs auf den früheren (demokratischen) Präsidenten Bill Clinton; die vorgeschlagenen Änderungen lägen auf der Linie derjenigen, die das Gesetz 1996 eingebracht und dabei auch den Kreis derjenigen festgelegt hätten, die Anspruch auf diese Hilfeleistung haben sollten.

Die Abgeordneten der Demokraten, von denen viele Bilder von US-Bürgern hochhielten, die künftig keine Gutscheine mehr bekämen, bezeichneten die beabsichtigten Kürzungen

als zu drakonisch, weil dadurch Millionen Menschen noch tiefer in die Armut gestürzt würden.

"Es ist ein trauriger Tag für das Repräsentantenhaus, dessen Abgeordnete eigentlich das Volk vertreten sollten, wenn dessen Führung einen der herzlosesten Gesetzentwürfe einbringt, den ich jemals gesehen habe," sagte der Abgeordnete James McGovern, ein Demokrat aus Massachusetts. "Das ist eine schändliche Politik und ein schändliches Vorgehen."

Der Entwurf hat kaum eine Chance, auch im (von den Demokraten dominierten) Senat beschlossen zu werden; die Senatorin Debbie Stabenow, eine Demokratin aus Michigan, die dem Landwirtschaftsausschuss vorsitzt, hat ihn "als reine Zeitverschwendung" bezeichnet.

Der von Eric Cantor – einem Republikaner aus Virginia, der die Mehrheit im Repräsentantenhaus anführt – initiierte Gesetzentwurf soll das Lebensmittelgutschein-Programm im Lauf der nächsten 10 Jahre um 40 Milliarden Dollar beschneiden. Er würde kinderlose Erwachsene zwischen 18 und 50 Jahren dazu verpflichten, sich einen Job zu suchen oder an einem Ausbildungsprogramm teilzunehmen, wenn sie weiterhin Gutscheine erhalten wollen.

Der Anspruch dieser Berechtigten auf Gutscheine würde außerdem künftig auf drei Monate begrenzt. Gegenwärtig können die einzelnen US-Bundesstaaten die Bezugsdauer für arbeitsfähige Empfänger verlängern, wenn diese arbeiten oder sich durch eine Ausbildungsmaßnahme auf das Aufnehmen einer Arbeit vorbereiten.

"Dieser Gesetzentwurf soll die US-Bürger wieder zum Arbeiten anhalten und unsere Sozialprogramme entlasten," erklärte John A. Boehner, der (republikanische) Sprecher des Repräsentantenhauses.

Der Gesetzentwurf würde auch die Praxis beenden, dass Menschen, die bereits andere Sozialleistungen in Anspruch nehmen, automatisch Anspruch auf Lebensmittelgutscheine haben.

Außerdem räumt der Gesetzentwurf den Bundesstaaten die Möglichkeit ein, Empfänger von Lebensmittelgutscheinen auf Drogenmissbrauch zu testen und sie gegebenenfalls wie Lotterie-Gewinner vom Bezug von Gutscheinen auszuschließen. Ein dem Senat vorliegender Entwurf des Agrargesetzes sieht nur den Ausschluss von Lotterie-Gewinnern vor.

Kritiker der vorgesehenen Maßnahmen befürchten, dass sich die Einschnitte unverhältnismäßig negativ auf Kinder auswirken könnten.

"Ja, die US-Regierung hat tatsächlich große Haushaltsprobleme, die aber nicht von den Kindern verursacht wurden; deshalb sollte man diese Probleme nicht dadurch zu lösen versuchen, dass man Kinder hungern lässt," sagte Bruce Lesley, der Präsident der First Focus Campaign for Children (der Kampagne "Zuerst die Kinder", s. <http://www.ffcampaignforchildren.org/>), einer Organisation, die sich um das Wohl der Kinder kümmert.

Nach Angaben der Haushaltsstelle des Kongresses würden durch den Gesetzentwurf im nächsten Haushaltsjahr fast 4 Millionen Menschen keine Lebensmittelgutscheine mehr erhalten. In den Folgejahren wären es jeweils weitere 3 Millionen.

Die Haushaltsstelle errechnete, dass beim Inkrafttreten des Gesetzentwurfs die Anzahl der Empfänger von Lebensmittelgutscheinen in den nächsten zehn Jahren um etwa 14 Millionen Menschen – das wären rund 30 Prozent – abnehmen würde, da mit einer Verbesse-

rung der allgemeine Wirtschaftslage zu rechnen sei. Nach einem am Dienstag veröffentlichten Bericht des Statistischen Amtes der USA hat das Lebensmittelgutschein-Programm verhindert, dass 4 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze gerieten und weitere Millionen noch tiefer unter die Armutsgrenze absanken. Nach statistischen Erhebungen leben heute fast 47 Millionen US-Bürger in Armut; das ist mit das höchste Niveau in den beiden letzten Jahrzehnten.

Bisher war das Lebensmittelgutschein-Programm Teil des Agrargesetzes, das routinemäßig alle fünf Jahre angepasst wurde und die Finanzierung der Landwirtschaft und der Ernährungsprogramme regelte. Bereits im Juli hat die republikanische Führung des Repräsentantenhauses die Ernährungsprogramme aus dem Agrargesetz herausgenommen und gegen den Protest der Demokraten ein nur noch die Landwirtschaft betreffendes Gesetz separat eingebracht.

Dazu hat man sich entschlossen, nachdem das Repräsentantenhaus den Entwurf für ein Agrargesetz abgelehnt hatte, in dem das Lebensmittelgutschein-Programm nur um 20 Millionen Dollar gekürzt werden sollte. Konservative Abgeordnete hatten gegen den Gesetzesentwurf gestimmt, weil sie tiefere Einschnitte in das Lebensmittelgutschein-Programm wollten.

(Wir haben den Artikel, der zeigt, dass die Republikaner wirklich eine radikale Beschneidung aller Sozialausgaben in den USA durchsetzen wollen, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

September 19, 2013

House Republicans Pass Deep Cuts in Food Stamps

By RON NIXON

WASHINGTON — House Republicans narrowly pushed through a bill on Thursday that slashes billions of dollars from the food stamp program, over the objections of Democrats and a veto threat from President Obama.

The vote set up what promised to be a major clash with the Senate and dashed hopes for passage this year of a new five-year farm bill.

The vote was 217 to 210, largely along party lines.

Republican leaders, under pressure from Tea Party-backed conservatives, said the bill was needed because the food stamp program, which costs nearly \$80 billion a year, had grown out of control. They said the program had expanded even as jobless rates had declined with the easing recession.

“This bill eliminates loopholes, ensures work requirements, and puts us on a fiscally responsible path,” said Representative Marlin Stutzman, Republican of Indiana, who led efforts to split the food stamps program from the overall farm bill. “In the real world, we measure success by results. It’s time for Washington to measure success by how many families are lifted out of poverty and helped back on their feet, not by how much Washington bureaucrats spend year after year.”

But even with the cuts, the food stamp program would cost more than \$700 billion over the next 10 years.

Republicans invoked former President Bill Clinton in their defense of the bill, saying that the changes were in the spirit of those that he signed into law in 1996 that set work requirements for those who receive welfare.

But Democrats, many of whom held up pictures of people they said would lose their benefits, called the cuts draconian and said they would plunge millions into poverty.

“It’s a sad day in the people’s House when the leadership brings to the floor one of the most heartless bills I have ever seen,” said Representative James McGovern, Democrat of Massachusetts. “It’s terrible policy trapped in a terrible process.”

The measure has little chance of advancing in the Senate, and Senator Debbie Stabenow, Democrat of Michigan and the chairwoman of the Senate Agriculture Committee, called it “a monumental waste of time.”

The bill, written under the direction of the House majority leader, Eric Cantor, Republican of Virginia, would cut \$40 billion from the food stamp program over the next 10 years. It would also require adults between 18 and 50 without minor children to find a job or to enroll in a work-training program in order to receive benefits.

It would also limit the time those recipients could get benefits to three months. Currently, states can extend food stamp benefits past three months for able-bodied people who are working or preparing for work as part of a job-training program.

“This bill makes getting Americans back to work a priority again for our nation’s welfare programs,” House Speaker John A. Boehner said.

The bill would also restrict people enrolled in other social welfare programs from automatically becoming eligible for food stamps.

In addition, the legislation would allow states to require food stamp recipients to be tested for drugs and to stop lottery winners from getting benefits. The Senate farm bill also contains a restriction on lottery winners.

Critics of the measure said the cuts would fall disproportionately on children.

“Yes, the federal government has budget problems, but children didn’t cause them, and cutting anti-hunger investments is the wrong way to solve them,” said Bruce Lesley, president of First Focus Campaign for Children, a child advocacy group.

According to the Congressional Budget Office, nearly four million people would be removed from the food stamp program under the House bill starting next year. The budget office said after that, about three million a year would be cut off from the program.

The budget office said that, left unchanged, the number of food stamp recipients would decline by about 14 million people — or 30 percent — over the next 10 years as the economy improves. A Census Bureau report released on Tuesday found that the program had kept about four million people above the poverty level and had prevented millions more from sinking further into poverty. The census data also showed nearly 47 million people living in poverty — close to the highest level in two decades.

Historically, the food stamp program has been part of the farm bill, a huge piece of legislation that had routinely been passed every five years, authorizing financing for the nation's farm and nutrition programs. But in July, House leaders split the bill's farm and nutrition sections into separate measures, passing the farm legislation over Democrats' objections.

The move came after the House rejected a proposed farm bill that would have cut \$20 billion from the food stamp program. Conservative lawmakers helped kill the bill, saying the program needed deeper cuts.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern